Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Herausgeber: Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW), Regionalleitung Nord – Dieses Extrablatt wurde fertiggestellt am 16. Februar 1977.

Extrablatt
16. Februar 1977

Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim

Der KBW ruft auf, am Samstag, den 19. Februar nach Brokdorf zu gehen

„Kennst du den Feind, kennst du dich selbst, hundert Schlachten ohne Schlappe."

Revolutionäre Kühnheit ist das gerade Gegenteil von Abenteurertum. Sie beruht auf der Untersuchung der eigenen Kräfte und der Kräfte des Feindes, auf der Untersuchung des Kräfteverhältnisses. Der KBW ist dafür, daß der Bau des Kernkraftwerkes in Brokdorf durch Besetzung des Bauplatzes verhindert wird. Ist das nicht Abenteurertum, wenn der Bauplatz in Brokdorf durch Hunderte von Polizisten und Grenzschützer besetzt und bewacht wird?

Die Revisionisten haben die Bewegung gegen den Bau des Kernkraftwerkes in Brokdorf gespalten und rufen zu einer Demonstration in Itzehoe auf. Haben sie nicht recht? Die Gruppe Roter Morgen, die die Revisionisten zum Hauptfeind erklärt hat, schlägt die gleiche Taktik ein. Sie ruft auf, nicht nach Brokdorf zu gehen, sondern nach Itzehoe. Um die Revisionisten zu bekämpfen, versteht sich. Wenn die Gruppe Roter Morgen der Auseinandersetzung um den Bauplatz in Brokdorf ausweicht, kann es dann noch einen Grund geben, den Kampf um den Bauplatz zu führen? Hat diese Gruppe nicht oft genug behauptet, sie weiche dem Feind niemals aus und biete ihm stets die Stirn?

Bei den Revisionisten ist die Sache klar. Die Bourgeoisie stößt wilde Drohungen gegen die Demonstration am 19. Februar im Brokdorf aus. Die Bundesregierung hat vielsagend verkündet, man solle sich besser fernhalten, und gleichzeitig mitgeteilt, daß sie der Regierung von Schleswig-Holstein Einheiten des Bundesgrenzschutzes zur Verfügung stellen wird.

Es ist klar, daß das Wirkung zeigt. Natürlich kann sich da Furcht breit machen. Diese Furcht soll die Bewegung spalten. Wer sich fürchtet, dem verspricht die Regierung
Furcht soll die Bewegung spalten. Wer sich fürchtet, dem verspricht die Regierung
Schonung. Ist das nicht eine schöne Aussicht? Um die Bewegung zu spalten, braucht die Bourgeoisie aber die Revisionisten. Sie kann schließlich nicht selber zur Demonstration in Itzehoe aufrufen. Ohne Aufruf zu dieser Demonstration ließe sich die Bewegung jedoch trotz aller Drohungen nicht spalten. Daß was gemacht werden muß, ist klar. Die Revisionisten sagen: Wir machen was, aber warum soll man den Kampf in Brokdorf um das Baugelände führen, wo man doch auch in Itzehoe demonstrieren kann, wo es ungefährlich ist. Der „Rote Morgen" gibt das Salz zur revisionistischen Brühe, wenn er jetzt aus der Vorbereitung der Demonstration in Brokdorf ausgeschert ist und aufruft, nach Itzehoe zu gehen.

Er hat unrecht, wie alle unrecht haben, die jetzt dem Kampf um den Bauplatz ausweichen. Die Bewegung gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf ist stark in Norddeutschland. Die Bauern sehen, daß die Pläne der Bourgeoisie ihre Existenz gefährden. Sie sind entschlossen, sich zu wehren. Die Arbeiter der ganzen Region wissen, daß sie darauf angewiesen sind, ab und zu aus den großen Städten, in denen die Bourgeoisie die Arbeiterklasse und die Lohnabhängigen zusammenpfercht, herauszukommen und Luft zu schnappen. Also unterstützen sie den Kampf der Bauern und beteiligen sich führend an dem Kampf gegen den Bau des Kernkraftwerkes in Brokdorf. Das ist keine Bewegung, die abstrakt von GAUs und SuperGAUs herumspintisiert und im Reformhaus einkauft. Das ist eine Bewegung mit handfesten Interessen, die, wenn sie Klarheit über den Feind hat, nicht besiegt werden kann. Und Klarheit über den Feind und seine Lage sind notwendig, wenn die Demonstration in Brokdorf ein Erfolg werden soll. Wie steht es um diesen Feind, der sein Kernenergieprogramm bis an die Zähne bewaffnet gegen die Volksmassen durchsetzen will? Das Lager des Feindes ist von tiefen Widersprüchen zerrissen und das Kernenergieprogramm befindet sich bereits in der Krise. Durch politischen Druck der Massen auf diesen Feind wird die Entwicklung der Widersprüche im Lager des Feindes vorangetrieben, bis diese Widersprüche offen ausbrechen und die Bourgeoisie an dieser Front in großes Durcheinander gerät. Das zeichnet sich bereits ab. Darüber kann das Herankarren von Polizei überhaupt nicht hinwegtäuschen. Und wie steht es um diese Polizei? Diese Polizeiformationen sind selber in Widersprüche verwickelt. Sie sind die Truppen des Angreifers, der Bourgeoisie. In ihren Interessen hat die Masse dieser Truppen nichts mit den Interessen des Angreifers gemeinsam. Was wichtiger ist: Diese Truppen sind taktisch bereits in die Defensive geraten. Der Bauplatz ist von den Volksmassen umzingelt. Warum sonst wären die Befestigungsanlagen notwendig? Strategisch sind die Bourgeois bei der Durchsetzung ihres Kernenergieprogramms schon länger in die Defensive geraten. Es hat nicht geklappt, dieses Programm, das einen Angriff auf die Volksmassen bedeutet, als Verteidigungsmaßnahme gegen die „Bereicherungssucht der Ölscheichs, die unsere Wirtschaft gefährdet", zu verkaufen. Bis in die Befragungen der Bourgeoisie hinein zeigt sich der Umschlag aus der Offensive, die die Bourgeoisie eingeleitet hatte, in die Defensive. 43 Prozent der Bevölkerung (!) sind gegen den Bau von Kernkraftwerken, und wenn die unmittelbaren Interessen berührt sind, sind gerade 13 Prozent der Bevölkerung für dieses Programm. Darin spiegelt sich die Stärke und der politische Erfolg der Bewegung gegen das Kernenergieprogramm der Bundesregierung wider. Wenn der KBW dazu aufruft, am 19. Februar in Brokdorf zu demonstrieren, dann geht er von den wirklichen Kräfteverhältnissen aus. Sie entwickeln sich im Kampf gegen das Kernenergieprogramm der Bourgeoisie zugunsten des Volkes. Wird diese Lage politisch genutzt und wird bei der Vorbereitung der Demonstration und bei ihrer Durchführung das Hauptgewicht darauf gelegt, politischen Druck durch die Bewegung der Volksmassen auszuüben, dann werden sich die Kräfteverhältnisse weiter zugunsten des Volkes entwickeln.

Im Tarifkampf in der Metallindustrie hatte sich eine ziemlich breite Streikbewegung entwickelt. 50 000 Metaller in Hessen, 60 000 Metaller in Baden-Württemberg haben kürzere oder längere Zeit gestreikt. Warum hat diese Streikbewegung nicht zum Ziel geführt? Wir meinen, daß das daran liegt, daß diese Bewegung erst unklare Vorstellungen über sich und den Feind entwickelt hatte. Daß sich die Stärke dieser Bewegung nur unter einer klaren Forderung, auf der sich alle zusammenschließen können, entfalten kann, das war nicht ausreichend klar. Viele meinten, jetzt hat die Tarifkommission eine Forderung aufgestellt, jetzt muß es mit der gehen. Alles andere gefährdet die Einheit. Das war falsch. Es war umgekehrt. Die Forderungen der Tarifkommissionen hatten bereits gespalten, und diese Spaltung konnte nur durch den Kampf für eine neue Beschlußfassung über die Forderung überwunden werden.

Die Kapitalisten haben in diesem ganzen Tarifkampf mächtig mit dem Säbel gerasselt. Frühzeitig hat Gesamtmetall mit der Aussperrung gedroht. Das hat stark geklungen. Wie sich dann zeigte, war an diesen Drohungen nicht viel dran und hat Gesamtmetall alles versucht, um einem Streik auszuweichen. Das war nicht so leicht zu erkennen und konnte bloß durch wissenschaftliche Untersuchung rechtzeitig ans Tageslicht gebracht werden. Der KBW hat in seinem Zentralorgan auf die Widersprüche im Lager der Kapitalisten hingewiesen. Aber ihre eminente Bedeutung für die Praxis der Arbeiterklasse haben wir uns nicht ausreichend klar gemacht.

Lenin hat gesagt: Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Bewegung. Das wird am häufigsten von denen nachgeplappert, die mit der revolutionären Theorie nichts im Sinn haben. Es ist aber richtig. Die revolutionäre Theorie ist die Waffe der Arbeiterklasse, mit der sie die allgemeine und schon von den alten chinesischen Militärstrategen formulierte Richtlinie „Kennst du den Feind, kennst du dich selbst, hundert Schlachten ohne Schlappe" für sich in die Praxis umsetzen kann.

(Editorial von Kommunismus und Klassenkampf Nr. 2/1977)

„Akzeptable Schädigung"

Bürgerliche Politiker samt Presse und Wissenschaft werden nicht müde zu betonen, wie sicher doch Kernkraftwerke seien. Doch es geht nicht um die Sicherheit. Es geht darum, daß die Bourgeois berechnen, wieviel Radioaktivität man auf die Volksmassen loslassen kann:

„Es muß jedoch bei der beabsichtigten raschen Expansion der Kerntechnik und den daraus erwachsenden Aufgaben allen Beteiligten klar sein, daß selbst bei extrem umfangreichem Aufwand für sicherheitsorientierte Konstruktion und Kontrolle mathematisch gesehen Restriktionen verbleiben und nachteilige Folgen nicht absolut ausgeschlossen werden können. Letzten Endes erfordert jede Technologie zur Hebung und Erhaltung der Daseinsvorsorge ihren Preis." (Bundesforschungsministers Matthöfer, Dezember 1974)

Dieses „Restrisiko" ist nicht nur mathematisch. Nach seiner Liste der Gesellschaft für „Reaktorsicherheit" in Köln hat es in den Jahren von 1971 bis 1976 35 Störfälle in den Kernkraftwerken der BRD gegeben. Und diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. In Stade beispielsweise gelangten im April 1976 durch den Riß einer Anschlußschweißnaht 10 000 Liter radioaktives Wasser in die Entwässerung. Das ist der Preis, den Matthöfer und seine Freunde sich erlauben wollen. Zahlen müssen ihn die Bauern und übrigen Volksmassen.
die Bauern und übrigen Volksmassen.
„Daseinsvorsorge" erhalten nur die Kapitalisten, indem sie mit Hilfe von

Fortsetzung Seite 2

Trotz Verbot wird am 19. Februar in Brokdorf demonstriert

Göttingen. Resolution des Studentenrats der Universität Göttingen vom 15. Februar: „Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat die für den 19.2. festgesetzte Demonstration verboten. Der Studentenrat verurteilt diesen Angriff auf das Demonstrationsrecht und fordert die sofortige Aufhebung dieses Verbots. Der Studentenrat unterstützt die Demonstration in Brokdorf auf der Basis des Aufrufs der Landeskonferenz vom 6.2. in Wilster und ruft die Studenten auf, sich an der Demonstration zu beteiligen. Weg mit dem Demonstrationsverbot! Kein Kernkraftwerk in Brokdorf! Diese Resolution wird am Mittwoch vom AStA der Uni per Telegramm der Bürgerinitiative in Brokdorf zugesandt. Der Göttinger AStA unterstützt diese Demonstration."

Westberlin. 14 Schüler des 2. Kurses der Krankenpflegeschule Westend haben eine Resolution unterschrieben, in der sie den Aufruf der Bürgerinitiativen zur Demonstration am 19.2. in Brokdorf unterstützen und erklären, daß der Bau des Kernkraftwerkes verhindert werden muß. Sie unterstützen die Forderung nach Rücknahme des Demonstrationsverbotes und haben dazu einen Eilbrief an die Bürgerinitiative und den Landrat des Kreises Steinburg geschrieben. Diese Unterschriftensammlung wollen sie an der Schule fortsetzen und in der Mensa eine Wandzeitung aufhängen.

Ihm schwant etwas

Innenminister Maihofer in ARD-Nachrichten, 15.2., 20.00 Uhr: „Ja, ich glaube, daß man auch hier differenzieren muß. Denn *es wird ja eine verbotene Demonstration geben* in Brokdorf voraussichtlich und eine friedliche Demonstration, wie wir hoffen, in Itzehoe, und da sind ganz unterschiedliche polizeiliche Aufgaben durch Bund und Länder zu erfüllen: nämlich einmal eine ja politische Demonstration, ein Urrecht unserer Demokratie, polizeilich zu schützen gegen jede Störung, und auf der anderen Seite nun eine militante Konfrontation mit allen rechtsstaatlichen Mitteln abzuwehren. Und hier sitzen Bund und Länder in einem Boot, hier gibt es eine Solidarität nun in der Tat aller Polizeien, die bei diesem Einsatz, wenn es wirklich zu einer äußersten Herausforderung kommt, hier mit in den Einsatz kommen."



Demonstration am Bauplatz in Brokdorf am 13. November 1976

Das Energieprogramm soll Höchstprofite sichern

Auf Teufel komm raus müssen die Kapitalisten Kernkraftwerke bauen

In der „Bild-Zeitung" vom 2. Dezember 1976 hat Stoltenberg gesagt: „Wir haben es zu tun mit einem Energieprogramm der Bundesregierung, das damals von allen Parteien des Bundestages reiflich diskutiert und dann fast einstimmig beschlossen worden ist." „Kernenergie hilft unsere Konkurrenzfähigkeit in der Welt zu erhalten." Hinter diesem schlichten letzten Satz steckt ein gewaltiges imperialistisches Programm. Zur Erzielung von Höchstprofiten der westdeutschen Kapitalistenklasse im internationalen Konkurrenzkampf sollen bis 1985 50 Kernkraftwerke gebaut und die Leistung aus Kernenergie von 2 300 auf 50 000 Megawatt gesteigert werden. Erklärte Ziele dieses Programms sind:



Druck auf den Erdölpreis durch Senkung des Mineralölverbrauchs

Seitdem sich die Länder der Dritten Welt zusammengeschlossen haben, um die weitere Ausplünderung ihrer Rohstoffe durch die Imperialisten zu verhindern, überlegen die Kapitalisten, wie sie den Druck auf ihre Profitrate durch höhere Energiekosten loswerden. Deshalb sind sie jetzt ganz wild auf billige Kernenergie, um den Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt zu brechen und auf die Preise zu drücken.

Riesengeschäft mit dem Export von Kernkraftwerken

Konzerne wie Siemens und MAN drängen mit ihrem technologischen Vorsprung auf den Weltmarkt und treten in Konkurrenz zu den bisherigen Atommächten. Deshalb gibt es Streit wegen der Lieferung von Atomkraftwerken nach Brasilien mit den USA: „Es geht um einen 20-Milliarden-Auftrag, um das größte Exportgeschäft in der Geschichte der BRD, deren Wirtschaft in den kommenden Jahrzehnten auf Aufträge dieser Art nicht verzichten kann." (Staatssekretär Hauff) Exportgeschäfte mit verstärkter Kontrolle und Einmischung in die Länder der Dritten Welt, das ist die eine Seite des Energieprogramms. Die andere ist ein gewaltiger Raubzug gegen die Volksmassen in der BRD und ein scharfer Angriff auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der werktätigen Massen. 19 Milliarden DM mußten die Lohnabhängigen bisher für die ersten vier Atomprogramme über die Steuern zahlen. Mit hohen Stromtarifen für die Haushalte (Hamburg über 14 Pfennig pro Kilowattstunde) werden die niedrigen Sondertarife für die Kapitalisten (Hamburg Reynolds-Konzern etwa 2,5 Pfennig pro Kilowattstunde) zwangssubventioniert. 43 Milliarden DM hat die Bourgeoisie seit Kriegsende sich auf diese Weise ergaunert.

Der bürgerliche Staat, der die Tarife festsetzt und eintreibt, hat diese „Umverteilung" besorgt.

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

„Akzeptable Schädigung“

Kernenergie ihre Profite steigern, ihre Weltmarktposition ausbauen und ihre Herrschaft insgesamt festigen. Für die Bauern und Arbeiter bedeutet das Ruinierung der Existenz und Schädigung der Gesundheit. Das wird von den bürgerlichen Politikern in die Berechnungen mit einbezogen. Die internationale Strahlenschutzkommission hat den Begriff der „unschädlichen Dosis“ gestrichen und ersetzt durch „akzeptable Dosis“, die zu einer „überschaubaren Zahl von Schädigungen“ führt. Dies ist kein Erfordernis der Technologie, sondern des Profits. Die Arbeiterklasse will die Technik, um ihre Lebensverhältnisse zu verbessern und Schädliches in Nützliches zu verwandeln. Deswegen gibt es für sie keine „akzeptable Dosis“, ebensowenig wie für die kleinen und mittleren Bauern. Jede Erhöhung der Radioaktivität drückt den Preis ihrer Waren, macht sie konkurrenzunfähig und entzieht ihnen die Existenzgrundlage.

Für die Kapitalistenklasse ist dagegen noch eine solche Dosis akzeptabel, die die Ausbeutung der Arbeiter nicht gefährdet. W. Jacobi plädiert dafür, daß „arbeitsfähige“ Menschen möglichst verschont werden. (Atomwissenschaft – Atomtechnik, Nr. 19/1974) Der Maßstab für die Schädigung durch Radioaktivität soll die Zahl an Toten, Verletzten, Kranken und Frührentnern sein, die die Kapitalistenklasse ohnehin bereits durch Verschärfung der Ausbeutung, Sparen an Sicherheitseinrichtungen usw. erzeugt.

„Von kerntechnischen Anlagen gehen keine vom natürlichen Lebensrisiko unterscheidbaren Schäden aus.“ (Sachverständigenkreis „Strahlenschutz“ beim Bundesinnenministerium)

Das „natürliche Lebensrisiko“ in der BRD besteht z.B. darin, als Arbeiter alle acht Minuten mit einem schweren Arbeitsunfall rechnen zu müssen, der einen zum Krüppel macht, oder zu den 2 212 266 „Fällen“ angezeigter Berufskrankheiten und Unfälle (1974) zu gehören. Verglichen mit diesem Risiko seien Kernkraftwerke doch akzeptabel, das verbreiten die bürgerlichen Wissenschaftler und Politiker. Der Direktor des rheinländischen TÜV Lindacker rechnet gar vor dem „Deutschen Atomforum 1974“ aus, daß es für einen Bergarbeiter 300mal wahrscheinlicher ist, durch einen Arbeitsunfall ums Leben zu kommen, als für ein einjähriges Kind, an einer bösartigen Schilddrüsenwucherung zu erkranken, weil es in Nähe eines Kernkraftwerkes wohnt. Lindacker wie die gesamten Bourgeois erleiden weder das Risiko eines Arbeitsunfalls noch das der radioaktiven Verseuchung. Wer hätte schon von einem Arbeitsunfall im Direktorensessel gehört oder glaubt daran, daß die Bourgeois ihre Villen in der Nähe von Kernkraftwerken und nicht im Sauerland oder im Tessin plazieren?

Die Bourgeois wissen schon genau zu unterscheiden: Ihnen kommt die Aufgabe zu, die Profite zu steigern und die Früchte zu genießen. Die Arbeiterklasse und die Volksmassen sollen sich ausbeuten und ihre Gesundheit ruinieren lassen. Das ist für die Bourgeoisie eine „akzeptable“ Dosis, für die Arbeiterklasse und die Volksmassen keineswegs: Sie werden den Imperialismus stürzen und damit auch die Bedingungen aufheben, unter denen „jede Technologie ihren Preis erfordert“, gemessen in Lebensjahren, Blut, Schmerz und Siechtum. Der Kampf gegen den Bau von Kernkraftwerken, sei es in Brokdorf, Niedersachsen oder Wyhl, läßt sich nicht mit Risikoberechnungen zusammenschwätzen, sondern weitet sich aus. In Niedersachsen wird demnächst am geplanten Standort der Wiederaufbereitungsanlage demonstriert. Das politische Risiko für die Bourgeoisie wächst.



Die Bauern kämpfen gegen das Kernkraftwerk

Die Bauern der Wilster Marsch haben den Kampf gegen den bürgerlichen Staat aufgenommen. Sie kämpfen gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf, weil damit ihre Ruinierung nicht nur fortgesetzt, sondern beschleunigt wird.

In der Wilster Marsch ist die Viehwirtschaft mit dem Schwerpunkt der Milchwirtschaft vorherrschend. Die Bauern produzieren in Familienbetrieben. In der Wilster Marsch arbeiten wesentlich mehr Menschen als kleine und mittlere Bauern als in anderen Gegenden der BRD und Schleswig-Holsteins. Im Westen des Kreises Steinburg arbeiten immer noch mehr als ein Viertel der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft. Im Bundesdurchschnitt der BRD sind es 8 Prozent. Entsprechend groß ist also auch der Teil derjenigen Bauern, die durch den Bau des Kernkraftwerkes von ihrem Land vertrieben werden.

Sie müssen, um im Konkurrenzkampf mitzuhalten, der immer größere Technisierung erfordert, sich noch stärker an die Banken sowie Düngemittel- und Futtermittelkonzerne verschulden, bis zur Pleite. So sank die Zahl der Höfe im Kreis Steinburg im Zeitraum von 1960 bis 1973 von 3 095 auf 2 674. Die Zahl der langfristigen Kredite stieg von 1960/61 bis 1975 von 410 DM auf 2 354 DM pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. (Statistische Grunddaten für den Kreis Steinburg)

Durch den Bau des Kernkraftwerkes wird die Milchwirtschaft in der Umgebung des Kernkraftwerkes strahlenbelastet. Die radioaktiven Bestandteile lagern sich im lebenden Organismus an, also auch in den Kühen. Die Milch wird verseucht werden. Wie aktuell die Gefahr ist, wird aus zwei Jahresberichten deutlich, die die Bundesanstalt für Milchforschung allein nur für das radioaktive Gas Tritium vorgenommen hatte.

Tritium ist besonders gefährlich, weil es anstelle des chemischen Wasserstoffs in die Erbträger des Menschen eingebaut ist und Erbänderungen auslösen kann.

Für 1973 ergab sich für die untersuchte Milch in Nähe des Kernkraftwerkes Stade ein Tritiumgehalt von 150 – 200 pCi pro Liter, 1974 ein Gehalt von 250 – 600 pCi pro Liter.

Die Folgen dafür liegen klar auf der Hand – es müßte Ackerbau betrieben werden. Dafür aber reicht die Größe der jetzigen Höfe nicht – vier von fünf Bauern müßten aufgeben.

„In **Büttel** (Nahbereich Kernkraftwerk Brunsbüttel) stellen sich 21 von 24 Betriebsleitern darauf ein, daß ihnen durch die Industrieentwicklung jegliche Basis für den Betrieb der Landwirtschaft entzogen wird. Sie bewirtschaften zur Zeit 462 ha. Ein großer Teil von ihnen hofft, durch Umsiedlung in eine andere Gemeinde weiterhin Landwirtschaft betreiben zu können.“ (Agrarstrukturelle Vorplanung für den Nahbereich Brunsbüttel, Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, Mai 74)

Fortsetzung von Seite 1

Energieprogramm soll Höchstprofite sichern

Billiger Strom für Rationalisierung

In großem Umfang soll der Einsatz der für die Kapitalisten billigen Kernenergie die Rationalisierung in den Betrieben vorantreiben, die durch den Einsatz von mehr Maschinerie immer größere Mengen Energie verschlingt. Diese Kosten sind ein gewaltiger Stachel, denn sie drücken auf den Profit. Für die Arbeiterklasse bedeutet das vermehrte Schweißauspressung, wachsende Arbeitslosigkeit und damit auch Druck auf den Lohn. Darum hat sie auch überhaupt kein Interesse am Kernenergieprogramm, sondern beginnt den Kampf aufzunehmen gegen den wachsenden Druck.

Mit der Inbetriebnahme der Kernkraftwerke in Stade und Brunsbüttel und mit dem Bau des Kernkraftwerks Brokdorf sind der Hamburger Senat und die schleswig-holsteinische Landesregierung zügig daran gegangen, das Energieprogramm der Bundesregierung in die Tat umzusetzen.

Das Unterelbegebiet soll ein zweites Ruhrgebiet werden

Dafür will der Senat der Hansestadt Hamburg z.B. mit dem Bau des Kernkraftwerks Brokdorf und weiteren 450 Millionen DM für „wirtschaftsfördernde“ Maßnahmen die notwendigen Bedingungen stellen. Der ehemalige Wirtschaftssenator und Kapitalistenknecht Kern hat dazu einen Plan ausgetüftelt, der exakt den imperialistischen Zielen des gesamten Energieprogramms entspricht. Die umfangreichen Investitionshilfen und Strukturmaßnahmen für die Kapitalisten hat er mit der Schaffung von Arbeitsplätzen begründet. Das ist auch das Hauptargument für den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf. Aber wie immer wird genau das Gegenteil betrieben, und das ist auch so gewollt.

Nicht Schaffung, sondern Vernichtung von Arbeitsplätzen durch den Bau von Kernkraftwerken

Im Unterelbegebiet soll hauptsächlich rohstoffverarbeitende Industrie angesiedelt werden. Und zwar in dem Maße, wie es der Bourgeoisie gelingt, sich selbst an der Plünderung der Rohstoffe der Dritten Welt zu beteiligen und sie nicht mehr über Belgien oder Luxemburg empfangen zu müssen. Geringe Transportkosten, durchrationalisierte Produktion, geringe Lagerzeiten, weil der Hafen in der Nähe ist, billige Energie, das alles soll zu kräftigen Extraprofiten verhelfen. Für die Arbeiterklasse bedeutet das: höhere Arbeitslosigkeit und verstärkte Arbeitshetze.

Dow Chemical (Stade) nahm bereits vor Inbetriebnahme der Produktion eine intensive Werbetätigkeit für Arbeitskräfte in überregionalen Zeitungen auf. Der größte Teil der Facharbeiter wurde aus anderen Werken des Konzerns übernommen.

Bayer-Chemie (Brunsbüttel). Zur Durchsetzung des Kernkraftwerks Brunsbüttel und der Industrieansiedlung wurden 15 000 Arbeitsplätze versprochen, allein 5 000 in der ersten Ausbaustufe. Kassiert haben sie dafür Investitionshilfen, kostenlose Bereitstellung von Hafenanlagen, Gleisanschlüssen, Gas-, Wasseranschlüssen usw., finanziert aus den Steuergeldern der werktätigen Massen.

Bis heute sind ganze 54 Arbeitsplätze vorhanden. Davon hat Bayer 26 mit Arbeitern und Angestellten in den Stammwerken angefüllt. Ganze 450 Arbeitsplätze sollen es bis Ende des Jahres sein. Dafür sank die Zahl der Industriebeschäftigten um 1 500 von 1966 bis 1976. (Flensburger Avis, 13. Januar)

Reynolds hat in Süddeutschland ein Werk zugemacht und an der Elbe sein neues hingesetzt. Gleichzeitig ist die Zahl der Beschäftigten des Konzerns um 10 Prozent gesunken, das Anlagevermögen um ein Drittel gestiegen (von 1966 bis 1976).

Vereinigte Aluminiumwerke (VAW), billiger Stromempfänger des Kernkraftwerks Stade, hat 1975 die Belegschaft um 1 800 reduziert, der Umfang der Produktion ist fast gleich geblieben.

Beide, Reynolds und VAW, haben ihre imperialistischen Finger im gleichen Zeitraum in die Länder der Dritten Welt ausgestreckt. In Brasilien (Reynolds), Guinea (VAW) beteiligen sie sich schwerpunktmäßig an der Ausbeutung und Unterdrückung der Länder der Dritten Welt.

Das sind die Gründ, warum die Kapitalisten diese Kernkraftwerksbauten auf Teufel komm raus durchsetzen wollen.

Die Richtung heißt Brokdorf und die Massen sind findig Am Samstag in Brokdorf, 11 Uhr ist günstig



Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten am 19. Februar nach Brokdorf

Die Bourgeoisie ruft nach Itzehoe

Stoltenbergs Hauspostille „Kieler Nachrichten", 17. Januar: *„Es gibt inzwischen Stimmen in der Wilster Marsch, die ihren Raum nicht als Aufmarschgebiet für Gewalttaten sehen wollen. Wieweit sie allerdings ihren Einfluß geltend machen können, die besonneneren Kernenergiegegner und Umweltschützer zu bewegen, nicht am Brokdorfer Bauplatz, sondern beispielsweise in Itzehoe friedlich zu demonstrieren, muß abgewartet werden. Auch die demokratische Glaubwürdigkeit der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe steht vor ihrer Nagelprobe."*

Ein Beispiel für die „besonnenen" Stimmen aus der Wilster Marsch sind führende Mitglieder aus der Borsflether Initiative. Ein Pfaffe, ein Bankdirektor und ein Couponschneider, der mit Warentermingeschäften sein Geld macht und sich rühmt, dafür kaum arbeiten zu müssen. An vorderster Front steht auch der Bürgermeister und Schulleiter Sachse aus Wewelsfleth, der die Bauern als amtstreu und konservativ beschimpft hat, die am liebsten wieder in ihren Schlaf zurückfallen würden.

„Am 8. Februar fand abends in Quickborn ein Treffen statt. Beteiligt waren von der SPD: Landesvorsitzender und Fraktionsvorsitzender, dasselbe von der FDP ..., von den Jusos Delegierte des Landesvorstandes Schleswig-Holstein und Hamburg, ebenso ein stellvertretender Bundesvorsitzender, von den Jungdemokraten Abgesandte der Landesvorstände Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen ..." Weiter wird über die Anwesenheit bestimmter Mitglieder aus Bürgerinitiatven berichtet. *„Es bestand offensichtlich von vornherein Einigung darüber, daß die Demonstration am 19. Februar nicht in Brokdorf, sondern in Itzehoe stattzufinden hätte. (...) Die Argumentationen ...: Man solle nicht über die Interessen und die geäußerten Interessen der Bevölkerung in Brokdorf hinweggehen, man solle ein Öffentlichkeitsmonopol ... für eine Demonstration in Brokdorf dadurch verändern und unterlaufen ..., daß man eine proklamierte gewaltlose Demonstration in Itzehoe mit möglichst umfassender, starker Beteiligung ausrichten soll. Das dritte ist, daß die Verantwortung von den anwesenden Politikern angesichts der Demonstration um Brokdorf richtig getragen werden sollte, d.h. richtig in Richtung Itzehoe."* (Aus der Erklärung eines Jungdemokraten, veröffentlicht von der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe, Ortsgruppe Hamburg)

„... rufen auch hier ... alle Bürger auf, sich nicht an Gewalttätigkeiten dort zu beteiligen. Das ist nicht unser Weg. Wir haben eines gemeinsam, das sind sehr, sehr viele Sorgen. Und diese gemeinsamen Sorgen werden uns auch weiterhelfen, daß wir immer und immer wieder Gespräche miteinander führen und auch, so hoffe und wünsche ich es mir, zu Ergebnissen kommen." (Wüstenhagen, Vorsitzender des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen Umweltschutz, im ZDF am 15. Februar nach einem dreistündigen Gespräch mit Maihofer auf die Frage, ob er jetzt mehr Verständnis für die Probleme des Innenministers habe)

„Die Bundesregierung begrüßt ausdrücklich die Erklärung der Kirchenleitung der nordelbischen evangelisch-lutherischen Kirche, die alle Beteiligten zur Gewaltlosigkeit ermahnt." (Erklärung der Bundesregierung vom 4. Februar)

Inzwischen arbeiten viele Pfaffen im offiziellen Auftrag der Kirche in der Bewegung gegen Kernkraftwerke. Sie sind die hervorragendsten Vertreter solcher üblen Vorschläge wie Stromrechnungsboykott anstelle von Kämpfen am Bauplatz und rufen fast geschlossen nach Itzehoe auf. Sie sollen „Frieden" stiften.

Einer der hervorragendsten Vorkämpfer für die Spalterdemonstration der Bourgeoisie in Itzehoe ist die DKP. Ihre Funktionäre werden sich am 19. Februar in guter Gesellschaft befinden.



Aluminiumhütte Reynolds Hamburg: Brokdorf-Initiative gegründet. Bei Reynolds haben die Vertrauensleute der IG Metall letzte Woche eine Veranstaltung gegen den Bau des Kernkraftwerkes in Brokdorf durchgeführt. Etwa 50 Kollegen nahmen daran teil. Es wurde festgelegt, daß eine Besetzung des Bauplatzes gerechtfertigt ist. Eine Initiativgruppe wurde gegründet, die in der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) mitarbeitet. Der größere Teil der Anwesenden war der Ansicht, daß unabhängig davon, ob das Gericht den Baustopp aufhebt oder nicht, am 19. Februar in Brokdorf mit dem Ziel angetreten werden muß, den Bau zu verhindern, da man sich nicht auf Gerichte stützen kann, sondern nur auf die eigene Kraft. Die Kollegen berieten, wie man sich am zweckmäßigsten ausrüsten muß, um dieses Ziel zu erreichen.

Göttingen. Die öffentliche Vertrauensleutesitzung der ÖTV an der Nervenklinik vom 15.2. hat beschlossen: „Wir unterstützen den Beschluß der Wilster Landeskonferenz vom 6.2., am 19.2. am Bauplatz des Kernkraftwerkes zu demonstrieren. Wir fordern die Aufhebung des Demonstrationsverbotes in Brokdorf. Als Mitglieder der ÖTV erklären wir, das ÖTV-Magazin darf nicht länger der Propaganda für das Kernenergieprogramm der Regierung zur Verfügung stehen. Unsere Solidarität gilt den Bauern und Werktätigen in Brokdorf. Deshalb unterstützen wir alle Maßnahmen, die zur Verhinderung des Baus des Kernkraftwerkes durchgeführt werden."

Eine Resolution von 14 ÖTV-Kollegen von „Jugend hilft Jugend" in Hamburg stellt unter anderem fest: „(...) Breit sind ihre Manöver, den Kampf zu zersetzen. Der Gerichtsbeschluß über 'Baupause' soll Illusionen über ihre Absichten wecken, die Gegner sollen auseinanderdividiert werden in Atomkraftgegner und gewaltsame Demonstranten. (...)

In einem einstimmigen Beschluß der Schulkreiskonferenz 52 der GEW Hamburg heißt es unter anderem:

„(...) Unabhängig von der Gerichtsentscheidung über Abbruch oder Verlängerung des vorläufigen Baustopps noch im Februar muß die Konferenz an der Forderung festhalten,

– daß in Brokdorf kein Kernkraftwerk gebaut wird und der Bauplatz vollständig geräumt wird.

– Für diese Forderung muß am 19. Februar am Bauplatz demonstriert werden. Wir protestieren dagegen, daß die Ausübung des Demonstrationsrechts durch die massive Kampagne der schleswig-holsteinischen Regierung kriminalisiert wird. (...)"

Die Betriebsgruppe der Buchhandlung Frensche Hamburg (Rathausmarkt/Schlüterstraße) in der HBV fordert die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe auf:

„Tut alles dazu, daß am 19. Februar eine große Kundgebung am Bauplatz in Brokdorf stattfindet! (...) Stoltenberg hat keinen Zweifel daran gelassen, daß er vom Gericht schließlich die Genehmigung des Baus erwarten kann. (...)

Die Bevölkerung in der Wilster Marsch und Umgebung hat kein Interesse, hingehalten zu werden, sondern an der Verhinderung des Baus. (...)

Gegenwärtig konzentriert sich der Kampf gegen das Energieprogramm der Bundesregierung auf Brokdorf. (...)

Deshalb sind am 19. Februar ebenso wie am 13. November Aktionen notwendig mit dem Ziel: Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden! (...)"

4 Beschäftigte der Firma Dietgemeyer in Osnabrück unterstützen den Aufruf zur Demonstration in Brokdorf und wenden sich gegen das Verbot der Demonstration.

Die Lehrlinge des Fernmeldezeugamtes Elmshorn (ein großer Ausbildungsbetrieb) beraten, wie sie den Kampf gegen das Kernkraftwerk Brokdorf führen. Bereits im November hatten sie sich für die großen Demonstrationen ausgesprochen. Sie diskutierten einen Beschluß zum 19.2. zur Großkundgebung am Bauplatz unter den Forderungen: Kein Kernkraftwerk in Brokdorf! Sofortige Einstellung aller Bauarbeiten! Sofortige Räumung des Bauplatzes! Ein Lehrjahr hat bereits mit großer Mehrheit diesen Beschluß gefaßt.

DGB-Kreisjugendkonferenz Neumünster beschloß am 15./16. Januar:

„Die Kreisjugenkonferenz '77 solidarisiert sich mit dem Kampf der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf unter den Parolen:

Sofortige Einstellung aller Bautätigkeiten und Räumung des Platzes! Kein Kernkraftwerk in Brokdorf und anderswo! Der Bauplatz muß wieder Wiese werden!"

Hannover. Der Schülerrat der Krankenpflegeschule der Medizinischen Hochschule Hannover beschloß am 15.2., den Aufruf der Landeskonferenz zur Demonstration in Brokdorf zu unterstützen. Der Schülerrat fordert die Aufhebung des Demonstrationsverbotes. Dieser Beschluß wird an das zuständige Verwaltungsgericht in Schleswig-Holstein geschickt.

Universität Kiel. Mit 14 Fürstimmen, 4 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen haben am 2.2.77 die Mitglieder des Grieser-Seminars der Universität Kiel (Geschichte) beschlossen:

„(...) Wir wenden uns gegen den Bau des Kernkraftwerkes in Brokdorf, weil die Störfälle und Unfälle durch Kernkraftwerke bekannt sind, Sicherheitsbestimmungen nach Kostengesichtspunkten entwickelt sind, nicht der Mensch zählt, sondern der Profit. (...)

Wir fordern die sofortige Räumung des Bauplatzes. (...)

Diese Forderungen müssen am 19. Februar in einer Demonstration in Brokdorf am Bauplatz durchgesetzt werden."

Universität Hamburg. Resolution der Brokdorf-Veranstaltung im Streik der Historiker-Studenten: „Die Teilnehmer der Brokdorf-Veranstaltung im Historiker-Streik fordern die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe Hamburg, den AStA der Uni und den Fachschaftsrat Historiker auf: Tut alles dazu, daß am 19. Februar eine große Kundgebung auf dem Bauplatz in Brokdorf stattfindet!

Wenn das Energieprogramm verhindert werden soll, darf der Widerstand gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf nicht nachlassen. Deshalb sind am 19.2. ebenso wie am 13.11. Aktionen notwendig mit dem Ziel:

Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden! Kein Kernkraftwerk in Brokdorf! Räumung des Platzes von Polizei und Baumaschinen!"



Resolution von 24 Soldaten aus der dritten Kompanie des Panzergrenadierbataillons 72, Röttiger-Kaserne Fischbek.

„Kein Kernkraftwerk in Brokdorf! Weil wir wissen, daß Atomkraftwerke unser Leben gefährden, erklären wir: Wir wollen kein Atomkraftwerk in Brokdorf oder anderswo! Weil wir wissen, daß mit dem Strom der Kernkraftwerke Arbeitsplätze vernichtet werden, daß sich damit die Verelendung der Volksmassen verschärft, sind wir gegen Atomkraftwerke. Die Kapitalisten haben ein großes Interesse an Kernkraftwerken, weil sie damit die Ausbeutung der Volksmassen verschärfen können. Die Regierung steht auf der Seite der Kapitalisten; sie will das Kernkraftwerk Brokdorf mit Gewalt gegen den Widerstand des Volkes durchsetzen. Sie will den Bundesgrenzschutz gegen Kernkraftwerksgegner einsetzen, und sie plant bereits den Einsatz der Bundeswehr. Wir Soldaten sind gegen Atomkraftwerke, denn die Interessen des Volkes sind auch unsere Interessen. Daher erklären wir, daß wir uns niemals gegen Kernkraftwerksgegner einsetzen lassen werden. Am 19. Februar findet in Brokdorf eine Kundgebung gegen das Kernkraftwerk statt. Wir unterstützen diese Resolution und diese Kundgebung durch unsere Unterschrift."

Resolution von Soldaten aus der Boehn-Kaserne. „(...) Euer Kampf ist gerecht, denn durch den Bau eines Kernkraftwerkes würde die Existenz der Bauern der Umgebung ruiniert und die Gesundheit und Sicherheit des Volkes gefährdet. (...)

Durch die Umwandlung des Bauplatzes in ein Militärlager durch den Staat hat sich gezeigt, daß Staatsgewalt gegen Volksgewalt steht. (...) Ende August sollten Soldaten der Lettow-Vorbeck-Kaserne in Hamburg-Wandsbek bei einer Übung gegen Kernkraftwerksgegner kämpfen. Die Ereignisse in Brokdorf haben bewiesen, daß diese Übungslage absolut realistisch ist.

Die Soldaten der Lettow-Vorbeck-Kaserne haben es richtig gemacht, als sie erklärten, daß sie auch gegen Kernkraftwerke sind und sich nie gegen das Volk einsetzen lassen werden.

Wir erklären, wir stehen hinter jeder Eurer Maßnahmen, die den Bau des Kernkraftwerkes verhindern!"

Soldaten kämpfen gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf. Ende Januar konnte man in der Wulf-Isebrand-Kaserne Heide in den Kantinen und an den Kasernenwänden die Forderungen „Kein Kernkraftwerk in Brokdorf!" und „Soldaten, kommt zur Demonstration am 19.2.77 nach Brokdorf!" lesen.



Solidaritätserklärung und Aufruf von Tischlerlehrlingen der Klasse T I H 4 76 der Gewerbeschule 6 Hamburg. Von 22 Anwesenden haben 15 unterschrieben und zwei weitere zugestimmt.

„An die Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen:

Über einen längeren Zeitraum hinweg haben wir des öfteren in der Klasse den Bau des Kernkraftwerkes in Brokdorf diskutiert. Das Ergebnis ist, daß man dem Kapital nicht erlauben kann, solche Anlagen zu bauen. Die Unternehmer messen alles an ihrem Profit. Die Anlagen werden in der üblichen Qualität in Schicht- und Akkordarbeit hochgezogen. Das Ergebnis sind dann die in der IRS-Studie bekanntgewordenen Störfälle und Undichtigkeiten usw. Sicherheitsbestimmungen der Strahlenschutzkommission sind nach Kostengesichtspunkten aufgestellt. Der Mensch tritt hierbei nur noch als Kostenfaktor bei den Krankenhauspreisen auf. Die billige Atomenergie müssen wir über die Strompreise für Normalhaushalte und über die Steuer subventionieren. Die Unternehmer kriegen sie dann zu Spottpreisen (Reynolds: 2,5 Pfennig pro Kilowattstunde).

Verwendung findet dieser Atomstrom bei erhöhtem Maschineneinsatz, Rationalisierungen und schnellerer Arbeit. Arbeiter müssen entweder schwitzen oder fliegen auf die Straße. Der Kesselbau bei MAN mit 300 Mann, der geschlossen werden soll, ist auch ein Opfer der Umstellung auf Kernkraftwerke. Dagegen haben 15 000 Metaller demonstriert. Der Arbeiter hat kein Interesse an diesem Energieprogramm. Mit den kleinen Bauern aus der Wilster Marsch werden wir uns zusammenschließen. Sie haben den Ruin vor Augen. Von fünf, die Milchwirtschaft betreiben, kann nur einer sich auf Ackerbau umstellen. Der Rest geht bankrott. Unsere Forderung:

Sofortige Einstellung aller Baumaßnahmen in Brokdorf und Räumung des Platzes von Maschinen, Werkschutz und Polizei!

Da unsere Forderung: Sofortige Einstellung aller Bauarbeiten in Brokdorf und Räumung des Platzes von Maschinen, Werkschutz und Polizei – nicht erfüllt ist, muß man auf dem Platz selbst dafür sorgen, daß es passiert. Wir rufen Euch auf, einen erneuten Ansturm gegen die 'Festung' vorzubereiten. Einige aus unserer Klasse waren letztes Mal mit dabei. Wir werden diesmal mehr sein."



Interview mit einem Bauern aus der Wilster Marsch zur Demonstration am 19. Februar

„Meine Meinung ist: Wir hätten der Regierung überhaupt nicht so lange Luft lassen sollen. Es hätte schon wieder im Dezember und im Januar demonstriert werden müssen. Neulich auf dem Landeskongreß der Bürgerinitiativen in Wilster habe ich gehört, wie einer von der Bürgerinitiative Krempe gesagt hat, daß man jetzt nach Itzehoe demonstrieren muß. Alle Leute, die das sagen, die frage ich: Wo wird das Werk gebaut? In Brokdorf oder Itzehoe? Fünf Kilometer wohne ich davon weg. Seit 1973 haben wir gegen das Werk protestiert. Die beiden Demonstrationen am 30. Oktober und 13. November und unsere Treckerdemonstration vor Weihnachten haben noch nicht gereicht, also müssen wir am 19. Februar wieder nach Brokdorf gehen!"

Weit über 100 Bürgerinitiativen, Vertretungskörperschaften und Einzelpersonen rufen öffentlich zur Demonstration am 19. Februar in Brokdorf auf.

Die Entwicklung des Kampfes in der Wilster Marsch

Im November 1973 verkündete die schleswig-holsteinische Landesregierung, daß in Brokdorf ein Kernkraftwerk gebaut werden soll.

Im Dezember 1973 findet in Brokdorf und der Nachbargemeinde Wewelsfleth eine Abstimmung statt: 50 Prozent beteiligen sich, davon stimmen 75 Prozent gegen das Kernkraftwerk. In Brokdorf werden die Ablehnungen vorsichtshalber auf die ganze Einwohnerzahl berechnet, die Nichtwähler also den Befürwortern zugezählt, und so mit Müh und Not 50,5 Prozent Befürworter erreicht. Damit meinte die Landesregierung gewonnen zu haben, tatsächlich jedoch organisierte sich der Widerstand.

Im Januar 1974 wird die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) mit zunächst 120 Mitgliedern aus der näheren Umgebung von Brokdorf gegründet. Sie führt Veranstaltungen in der Wilster Marsch und anliegenden Städten durch, tritt der Nordwestdeutschen Kraftwerksunion (NWK) und den Regierungsbeamten entgegen und festigt die Front der Kernkraftwerksgegner. Beunruhigt schenkt die NWK der Gemeinde Brokdorf einen Kindergarten, ein Toilettenhaus und verspricht ein Schwimmbad, wenn gebaut wird. Sie läßt Blumen und Eis verteilen, kann aber nicht verhindern, daß die Front ihrer Gegner sich schließt. Der Hinweis auf die Möglichkeit, die Gerichte anzurufen, zieht überhaupt nicht.

Im November 1974 findet der erste Erörterungstermin in Wilster statt. Innerhalb von vier Wochen werden 31 000 Unterschriften gegen den Bau gesammelt. Die Anhörung selber zeigt der Bevölkerung der Marsch ganz klar, daß nur sie selber den Bau verhindern kann.

Zum Maifeuer der BUU in Brokdorf erscheinen 900 Teilnehmer und bekunden ihren Willen, das Kernkraftwerk zu verhindern.

Im Mai 1975 begibt sich eine Delegation der BUU zur Regierungserklärung Stoltenbergs ins Landeshaus nach Kiel und breitet dort ein Transparent aus. Erst wird sie von Stoltenberg angepöbelt, dann folgt der Rausschmiß durch die Polizei. Das Bewußtsein gegenüber dem Staatsapparat wächst.

Im Sommer 1975 wird mit großem
Im Sommer 1975 wird mit großem Erfolg das Straßentheater „Sein oder Nichtsein" aufgeführt, Verbote einiger Bürgermeister können das nicht verhindern, die BUU wächst.

Im November 1975 schließlich wird der Beschluß gefaßt, bei Baubeginn den Bauplatz zu besetzen, denn die Einsicht hat sich durchgesetzt, daß das Kernkraftwerk nur durch Kampf gegen den Staat verhindert werden kann. Dieser Beschluß findet breite Zustimmung im ganzen Land.

Als im März 1976 die wasserrechtliche Erörterung in Wilster durchgeführt wird, setzt die Bourgeoisie vorsichtshalber einige hundert Polizisten und Schäferhunde ein, sie fühlt sich ernsthaft bedroht. Im Apparat der Bourgeoisie zeigen sich Zersetzungserscheinungen: Eine Hundertschaft verweigert den Einsatzbefehl, die Trennung in „einheimische" und „auswärtige" Einwender kann nicht durchgehalten werden. Eine Bürgerinitiative „Vernunft nach vorn" tritt auf, wird leicht als Verfassungsschutzinstrument erkannt und muß sich ihren Stand in Wilster verbrennen lassen. Ergebnis der Erörterung ist, daß eine große Anzahl neuer, örtlicher Initiativen gegründet wird.

Die NWK vergrößert ihre Anstrengungen und führt im Mai z.B. im Kieler Kohlekraftwerk mit riesigem Rummel einen „Tag der offenen Tür" zur Werbung für Kernkraftwerke durch. Der KBW nutzt diesen Tag, die Pläne für



ein Kernkraftwerk an der Eckernförder Bucht zu enthüllen. Das schafft Klarheit, die Initiativen vergrößern sich, neue entstehen.

Am 9. Juli wird die Initiative „Kein Kernkraftwerk an der Eckernförder Bucht und anderswo" nach einer Veranstaltung an der Eckernförder Bucht mit 80 Teilnehmern gegründet.

Am 18. September findet so ein Tag in Lübeck statt, dort wird sechs Tage später eine Initiative gegründet. Im Bundestagswahlkampf werden die Politiker gezwungen, Farbe zu bekennen.

Kaum ist **am 27. Oktober** der Wahlkampf zu Ende, werden in einer Blitzaktion Baumaschinen auf den Platz gebracht und der Platz sofort eingezäunt. Die BUU faßt sofort den Beschluß, nicht auf irgendwelche Gerichte zu bauen, sondern sogleich eine Demonstration am Bauplatz durchzuführen.





Am 30. Oktober erscheinen dazu 5 000, der Zaun wird durchbrochen und eine Kundgebung auf dem Platz durchgeführt. Ein Teil der Demonstranten bleibt auf dem vom Werkschutz schnell eingezäunten Abschnitt des Platzes, wird am Abend noch von der Polizei überfallen und vom Platz getrieben. Zum zweiten Angriff auf den Bauplatz, der mittlerweile zur Festung ausgebaut wurde, erscheinen 30 000, beim Abzug ist klar, daß der Kampf verstärkt weitergeht.

Am 23. November zur Sondersitzung des Landtages in Kiel demonstrieren 5 000, an einer Spalterdemonstration der DKP im Mantel einer Bürgerinitiative „Solidarität mit Brokdorf" nehmen 150 teil. Ihre Parole: Baustopp. Das Ziel, kein Kernkraftwerk in Brokdorf, soll aufgegeben werden.

In der Marsch finden Aktionen gegen den Bau statt.



Am 23. November wird ein LKW gestoppt und mit der Parole „Kein Kernkraftwerk in Brokdorf" versehen.

Am 26. November nehmen 150 Bauern an einer Veranstaltung in Wilster teil, bringen die anwesenden bürgerlichen Politiker in arge Bedrängnis und fordern Räumung des Platzes.

Am 27. November tagt als erste zusammenfassende Konferenz die „Westküstenkonferenz", weitere regionale Konferenzen folgen.

Am 3. Dezember wird in Heiligenstedten ein LKW vorübergehend stillgelegt und mit Parolen versehen. Die DKP tritt gegen derartige Aktionen auf, die große Zustimmung bei der Bevölkerung finden.

Auf dem Kreisbauerntag in Itzehoe muß der Landwirtschaftsminister im Amtsgericht unter der Parole „Kein Kernkraftwerk in Brokdorf" seine Rede halten, da sind die Bauern unnachgiebig. Die Bauern beschließen, eine Treckerdemonstration durchzuführen.

Am 18. Dezember, einen Tag nach dem Gerichtsbeschluß auf Baustopp dem Gerichtsbeschluß auf Baustopp, nehmen 80 Traktoren an der Demonstration teil. Das Vertrauen in die Gerichte ist völlig verschwunden. Am gleichen Tag findet im ganzen Land Schleswig-Holstein und in Hamburg ein Aktionstag statt. In Lübeck beteiligen sich 200 an einer Demonstration.

Am 27. Dezember versammeln sich alle Bürgerinitiativen von Schleswig-Holstein und Hamburg und beschließen, am 19. Februar 1977 eine erneute Demonstration durchzuführen. Der Landesregierung gelingt es, mit einigen bekannten Mitgliedern der Bürgerinitiativen „Gespräche" zu führen und sie für eine Demonstration in Itzehoe auszurichten. Alle bürgerlichen Parteien rufen für Itzehoe auf, die DKP gründet eifrig Schwindelinitiativen, um auf den Konferenzen zu Delegiertenstimmen zu kommen. Ihr liegt Itzehoe am Herzen. Am 22. Januar nehmen 10 000 an einer Demonstration in Hamburg teil und fordern „Kein Kernkraftwerk in Brokdorf!", „Einstellung aller Bauarbeiten!", „Räumung des Bauplatzes!".

Am 24. Januar findet eine Demonstration in Itzehoe zur Unterstützung des Journalisten Kohlstedt statt, den die Staatsanwaltschaft zur Denunziation zwingen will. Das ist ihr nicht gelungen.

Am 30. Januar wird auf der Vorbereitungskonferenz in Rendsburg mit 20 zu 19 Delegiertenstimmen beschlossen, die Demonstration in Brokdorf durchzuführen.

Am 6. Februar auf der Fortsetzung dieser Konferenz in Wilster tritt die DKP offen als Spalter auf, zieht mit ihrem Anhang und anderen von der Landesregierung gekauften Elementen aus und ruft von da an zusammen mit CDU, SPD und FDP für eine Demonstration in Itzehoe auf. Die Konfe-
monstration in Itzehoe auf. Die Konfe-
renz in Wilster beschließt mit großer Mehrheit die Demonstration in Brokdorf und verabschiedet einen Aufruf.

Am 13. Februar beschließt eine bundesweite Konferenz, **am 19. Februar** in Brokdorf zu demonstrieren, und trifft Festlegungen für die Durchführung der Demonstration.

Am 14. Februar beantragt Landrat Brümmer nach dem Versammlungsgesetz § 15 das Verbot der Demonstration. Sämtliche bürgerlichen Parteien rufen verstärkt zur Demonstration in Itzehoe auf.

Am 15. Februar in der Tagesschau äußert Maihofer: „Es wird wohl eine verbotene Demonstration geben . . ."





Das jetzt im Bau befindliche Kernkraftwerk Grohnde/Weser wird eine Erwärmung des Flußwassers und eine Senkung des Grundwasserspiegels in der Umgebung mit sich bringen und damit vor allem die landwirtschaftliche Produktion treffen. Auf der Kundgebung der Bürgerinitiative Weserbergland verlas Soldat Stürzenberger eine Solidaritätserklärung von 15 Soldaten der Gallwitz-Kaserne Hildesheim.

Kampf gegen Atomkraftkraftwerke im Elsaß: Bürgerinitiativen aus Gerstheim und Umgebung halten Wache auf dem von Bauern und Fischern besetzten Gelände, auf dem die Kernkraftwerksgesellschaft mit Vorbereitungen zum Bau begonnen hatte.

Interview mit einem Mitglied der Bürgerinitiative Eckernförde

Was bist du von Beruf?

Ich habe Landwirt gelernt, bin Busfahrer und jetzt als Techniker tätig.

Warum arbeitest du in der Bürgerinitiative mit?

Ich bin weder Sozialist noch Kommunist, aber ich bin gegen diese Kernkraftwerke.

Wie ist deine Meinung zum 19. Februar in Brokdorf?

Auf jeden Fall nach Brokdorf, ist doch klar. Keineswegs nach Itzehoe, da kann man ja gleich am Südpol demonstrieren. Die Landesregierung steht doch jetzt mit dem Rücken an der Wand. Wir unterschätzen unsere Kräfte, wenn der Wüstenhagen sagt, in Brokdorf sind nur Radikale, das ist doch für uns völlig uninteressant. Ein Satz zur DKP: Wer unter ihrer Führung in Itzehoe demonstrieren will, kann es gerne tun, wir nicht.

Wie schätzt du die Stimmung unter der Wilster-Marsch-Bevölkerung ein?

Die Leute, mit denen ich gesprochen habe, sind der Meinung, das Kernkraftwerk muß verschwinden. Sie sind der Meinung, das Gericht ist als Verzögerungstaktik gedacht. Das Gericht nützt nur den Betreibern, eine Denkpause brauchen wir nicht. Wir brauchen nicht mehr zu denken, wir wissen, was wir wollen. Übrigens, was die Aktion „Friede in der Wilster Marsch" betrifft, so war die ein Schuß in den Ofen. Ein Bekannter aus Krummendiek z.B. hat mir gesagt, daß das ganze Dorf geschlossen die Unterschrift verweigert hat, als die Herren herumgezogen sind.

In welcher Form sollte die Demonstration durchgeführt werden?

Nach meiner Meinung geschlossen und diszipliniert. Auf jeden Fall sollte man die Anmeldung der Demonstration aufrechterhalten!

Es wird Absperrungen geben, was, meinst du, werden die Busfahrer an den Sperren tun?

Sie werden vor den Sperren stehenbleiben. Wenn die Polizei einen anhält und man fährt durch, dann ist man sein Patent los und man steht im Dunkeln.

Was meinst du zur Situation am Platz?

Am besten sollte ein Sanitätszelt auf dem asphaltierten Parkplatz am Bauplatz stehen, dann müssen Ordner dasein und Lautsprecher. Auf jeden Fall sollte man sich auf kein Abenteuer einlassen.